

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 02

SPD

Februar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

für viele von uns ist Europa ein Grund, pathetisch zu werden. Der lange Frieden und die Freundschaft über Völker hinweg, nur einige Jahrzehnte nach einem verheerenden 2. Weltkrieg. Bei der Europawahl geht es aber nicht nur um Grundsätzliches, sondern um viele ganz lebenspraktische Fragen. In Deutschland haben wir die notwendige Debatte um die Reform unseres Sozialstaates angestoßen und konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt. Dafür gilt es jetzt, um Mehrheiten zu werben. Aber auch in Europa spielt es eine Rolle, wer die Mehrheit im Parlament stellt und damit auch, ob zum Beispiel eine andere Sozialpolitik auf die Tagesordnung kommt. Ganz aktuell hat die SPD-Fraktion im Europaparlament in dieser Woche dafür gekämpft, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit und das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz im Handelsabkommen zwischen der EU und Singapur nicht nur verankert werden, sondern mit Sanktionen verbunden sind, wenn diese internationalen Mindestnormen nicht eingehalten werden. Im Falle von Singapur ein besonders wichtiger Punkt. Hat doch die dortige Regierung erst vor kurzem die Ratifizierung des Verbots von Zwangsarbeit zurückgenommen. Die konservative Mehrheit hat das Abkommen jedoch auch gegen unsere Stimmen angenommen. Nun mag das Beispiel manchem weit weg erscheinen. Aber die Waren aus Singapur kommen auch bei uns auf den Markt und die wenigsten fragen nach den Herstellungsbedingungen; vielfach sind diese für den einzelnen auch nur schwierig nachzuvollziehen. Gerade im Sozialbereich gibt es noch viele weitere notwendige Entscheidungen, die wir in der Europäischen Union treffen wollen - und müssen. Mit unserer europäischen Parteilinie kämpfen wir gegen die Jugendarbeitslosigkeit, wir setzen uns für europaweite Hilfen gegen Obdachlosigkeit ein und stellen uns geschlossen gegen den Missbrauch von Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeitern. Egal ob Griechenland, Polen oder eben auch Deutschland, die Angst vor Altersarmut und vor sozialem Abstieg kennen viele Europäerinnen und Europäer. Es muss gelten: Gleicher Lohn - für gleiche Arbeit - am gleichen Ort. Für diese Anliegen brauchen wir eine starke europäische Sozialdemokratie.

Herzliche Grüße



Bürger*innenanliegen

Die Bürgerinnen und Bürger interessierten sich in den letzten Wochen besonders für die Reform von Hartz IV - unser Bürgergeld. Hier war es den Menschen wichtig zu erfahren, wie genau das Bürgergeld ausgestaltet werden soll und welche Vorteile daraus entstehen. In der Entwicklungszusammenarbeit wollten Bürgerinnen und Bürger von mir erfahren, welche Programme gefördert werden. Auch die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten bewegt die Menschen. Künftig nur noch den halben Beitragssatz zu erheben, wäre ein Schritt zu mehr Fairness.

Bundespolitischer Stammtisch mit dem Ortsverein Ost

Unser neues Sozialstaatspapier ist bei der Klausur des Parteivorstands beschlossen worden. Mit den Themen rund um die Grundrente und das Bürgergeld gibt es genug Diskussionsstoff. Aber wie immer gibt es natürlich keine Vorgaben - wer da ist bestimmt mit seinem Beitrag die Tagesordnung mit. Ich freue mich wie immer auf zahlreiche Diskussionsfreudige.

Am **1. März um 18:00 Uhr** geht es los. Diesmal in Waldheim Raichberg, Raichberg 1.

Für ein Bürgergeld, für die Grundrente, für mehr Gerechtigkeit

Der SPD-Parteivorstand hat am 11. Februar die Kernziele unserer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik festgelegt. Für den sich wandelnden Arbeitsmarkt haben wir das Konzept unseres [Bürgergeldes](#) ausgearbeitet. Die Arbeitswelt wird flexibler, digitaler, aber auch unsicherer. Darum ist ein Sozialstaat mit weniger bürokratischen Hürden entscheidend. Es geht um einen transparenten und verlässlichen Zugang für unsere Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechte wahrnehmen wollen und dafür nicht stigmatisiert werden dürfen.

Hubertus Heil hat nun die Eckpunkte der [Grundrente](#) vorgelegt. Damit würdigen wir die Leistung von Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die ihre Kinder betreut und Angehörige gepflegt haben. Diese Menschen müssen eine angemessene Rente bekommen. Harte Arbeit gibt es in vielen Branchen. Egal ob auf Baustellen, in Pflegeeinrichtungen oder im Friseursalon; ob als Selbstständige oder Angestellte: Sie sind alle Teil unserer Gesellschaft und verdienen unsere Anerkennung. Die Angst vor Altersarmut muss ihnen genommen werden. Dafür steht unser Grundrenten-Prinzip.

Mit Pinguin und Giraffe im Leseclub in der Steinbachschule

Das Smartphone weglegen und ein gutes Buch lesen. Das mache nicht nur ich sehr gerne. Damit das auch generationenübergreifend so bleibt, habe ich die Schülerinnen und Schüler der Steinbachschule mit „[Pinguin und Giraffe](#)“ im Gepäck beim Leseclub besucht. Denn Lesen ist der Schlüssel zu Bildung und Wissen. Die Leseclubs werden durch das Förderprogramm „[Kultur macht stark - Bündnis für Bildung](#)“ gefördert. Beim Leseclub Anfang Februar hatte ich das Vergnügen, den Schülerinnen und Schülern die Geschichte vom Pinguin und der Giraffe, die sich Briefe schreiben, vorzulesen. Das war nicht nur für die Kinder ein großer Spaß.



Unseren roten Handabdruck gab es diese Woche in Berlin beim Red Hand Day gegen Kindersoldat*innen.

Im Zeichen der „Roten Laterne“ auf Tour mit der SPDqueer Stuttgart

Am 6. Februar war ich mit der [SPDqueer Stuttgart](#), dem Streetworker Tom Fixemer vom Verein zur Förderung von Jugendlichen und vielen interessierten Personen unterwegs. Unter dem Motto „Rote Laterne“ haben wir uns die Realität männlicher Sexarbeiter vor Augen geführt. Eine Lebenswelt, die im öffentlichen Raum oft übergangen wird. Eine der wenigen bundesweiten Anlaufstellen ist das „[Café Strich-Punkt](#)“. Es ist Beratungsstelle und Schutzraum in einem.

Das Prostituiertenschutzgesetz soll für bessere Bedingungen sorgen. Es soll das Gewerbe regulieren und die in der Sexarbeit tätigen Frauen und Männer besser schützen. Unter Schutz verstehe ich ein möglichst sicheres und selbstbestimmtes Arbeiten. Eine Verdrängung in die Illegalität soll verhindert werden.

Am 26. Mai 2019 ist Europawahl

Am 14. Februar, hat das EU-Parlament mit einer überwältigenden Mehrheit [für bessere Bedingungen bei Tiertransporten](#) innerhalb der EU und in Drittstaaten gestimmt. Auslöser waren die Forderungen in einem Bericht des EU-Agrarausschusses. Die Tiere sollen unter besseren Bedingungen transportiert und die Kontrollen sollen verschärft werden. Die SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl fordert: „Dauerhaft kann das Ruder nur mit einer neuen, nachhaltigen Agrarpolitik und der Überarbeitung der Tiertransportverordnung herumgerissen werden“. Um das zu realisieren, brauchen wir eine starke SPD in Europa!

